

Pressemitteilung

Michael Prinz zu Salm-Salm: Kulturgutschutzgesetz - nicht aus Zeitdruck über's Knie brechen

Trotz starken Widerstands hält die Bundesregierung an ihrem Plan fest, die umstrittene Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes noch vor der Sommerpause im Parlament zu verabschieden. „Der jetzige Entwurf ist noch nicht ausgereift und sollte dringend nachgebessert werden“, sagte Michael Prinz zu Salm-Salm, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Privates Denkmaleigentum (APD) am Dienstag in Berlin. Es müsste u.a. konkreter definiert werden, was unter den Begriff Sachgesamtheit fällt und was national wertvoll ist. Das gelte auch für die Regeln zum staatlichen Ankaufsrecht. Solche Lücken führten zu einer großen Verunsicherung der privaten Sammler und Händler. „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, so Salm. Deshalb dürfe das neue Gesetz nicht aus Zeitdruck über's Knie gebrochen werden. Stattdessen sollte eine ausgewogene, zukunftsorientierte Lösung auch mit stärkerer Beteiligung der Betroffenen erarbeitet werden. „Das neue Gesetz sollte ein positives Klima schaffen, damit Sammler ihre Kunstwerke gerne im Land behalten wollen.“

Nach Einschätzung von Kunsthistorikern, internationalen Auktionshäusern und Kunstspeditionen hat das angekündigte Kulturgutschutzgesetz bereits einen wahren Exodus bedeutender Kunstwerke aus deutschem Privatbesitz in Gang gesetzt. Experten schätzen, dass seitdem Kunstwerke im Wert von mehr als einer Milliarde Euro ins Ausland gebracht worden sind.

Die APD vertritt die Interessen der privaten Denkmaleigentümer gegenüber Regierung und Parlament im Bund und Ländern in Fragen des Denkmalschutzrechtes.